



HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
zu dem Dringlichen Antrag
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Wahrnehmung der Fürsorgefunktionen
gegenüber zwangspensionierten Steuerfahndern
Drucksache 18/1560**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Es werden die folgenden Nrn. 3 bis 5 beigefügt:

- "3. Den vier betroffenen Steuerfahndern ist unverzüglich die Rückkehr in den Landesdienst zu ermöglichen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Finanzausschuss zu berichten, wie hoch die Personalkosten für die zwangspensionierten vier Steuerfahnder bisher waren.
5. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass der verurteilte Gutachter Thomas H. keine öffentlichen Gutachteraufträge mehr erhält."

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 19. November 2009

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Schaus